



Wer den Schaden verursacht, sollte zahlen

Pestizide verseuchen das Grundwasser, fördern das Artensterben und führen zu Biodiversitätsverlust.

Eine Agrarwende ist deshalb nur mit einer Wende der Pestizidpolitik möglich. Das hat bereits die Europäische Kommission erkannt und will mit ihrem Green Deal den Einsatz von Pestiziden bis 2030 um 50 Prozent verringern. Dafür braucht es jedoch drei Maßnahmen.

1. Pestizidabgabe Das wirksamste Mittel zur Minderung des Pestizideinsatzes ist eine Pestizidabgabe. Eine Studie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) im Auftrag eines breiten Bündnisses zeigt, dass durch eine Pestizidabgabe die Halbierung des Pestizideinsatzes erreicht werden kann. Chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verursachen neben den immensen Schäden an der Umwelt hohe Folgekosten, zum Beispiel durch die notwendige Aufbereitung des Trinkwassers. Die gesamten Folgekosten sind aktuell höher als das Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft selbst. Die Intensivlandwirtschaft kostet die Gesellschaft also mehr, als die Landwirtschaft erwirtschaften kann. Die Kosten tragen auch die Steuerzahler*innen, zum Beispiel mit der Wasserrechnung. Bei einer Pestizidabgabe würde das Verursacherprinzip greifen: Hersteller und Anwender müssten die Folgekosten tragen. Ein marktwirtschaftliches Instrument, dessen Ertrag wieder sinnvoll eingesetzt werden kann.

Die Studie



Die Untersuchung wurde beauftragt von: Aurelia Stiftung, BioBoden Genossenschaft eG, Bioland e.V., Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e.V., Deutsche Umwelthilfe e.V., Foodwatch e.V., GLS Bank, GLS Bank Stiftung, Greenpeace e.V., GLS Treuhand – Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Pestizid Aktions?Netzwerk e.V. (PAN Germany), Soil & More Impacts GmbH, WWF Deutschland.

Die Autoren der Studie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) untersuchten, wie eine Abgabe auf Pestizide zu konzipieren ist, die den Einsatz an Pestiziden in Deutschland halbiert. Hierfür haben die Wissenschaftler den Pestizideinsatz in Deutschland und Dänemark genauer analysiert und ein Datenbankmodell entwickelt. Damit simulierten sie für verschiedene Abgabekonzepte die Effekte auf Preise, Absatzmengen und die behandelbare Fläche sowie das Aufkommen. Die Studie zeigt, dass mit einer Pestizidabgabe eine effektive Reduzierung der ausgebrachten Menge möglich ist. Laut Studienleiter Stefan Möckel variieren die Pestizide in ihrer Wirksamkeit bis zum Tausendfachen. Wichtig sei daher, dass eine Abgabe an die maximal zulässige Aufwandmenge je Hektar und Jahr anknüpft – und damit an die Wirksamkeit auf dem Feld sowie die Nebenwirkungen und Risiken für die Umwelt. Während bei hochwirksamen Mitteln nur wenige Gramm erlaubt sind, sind bei weniger wirksamen Mitteln mehrere Kilogramm zulässig. Auch sollten laut den Wissenschaftlern Herbizide und Insektizide höher besteuert werden, da von ihnen direkt und mittelbar vielfältige negative Effekte für die biologische Vielfalt wie Insekten und Vögel ausgehen und zugleich viele nicht-chemische Alternativen bestehen.

2. Ausbau des Ökolandbaus Im Jahr 2030 sollen 25 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Europa ökologisch bewirtschaftet werden. Das ist das Ziel, das die EU in ihrer Farm to Fork Strategie vorgibt. Bio-Landwirte verzichten per se auf chemisch-synthetische Pestizide und mineralische Stickstoffdünger. Das Erreichen des EU-Ziels würde daher faktisch auch bedeuten, dass auf einem Viertel der Agrarfläche keine chemisch-synthetischen Pestizide ausgebracht werden. Damit das gelingt, muss die zukünftige Bundesregierung die Vorgaben der EU ernst nehmen und auf nationaler Ebene den Ausbau des Ökolandbaus konsequent umsetzen. 3. Abdrift reduzieren Seit vielen Jahren ist dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) und den Zulassungsbehörden bereits bekannt, dass sich bestimmte Pestizide von konventionellen Äckern verflüchtigen und vom Wind über weite Strecken getragen werden. Leichtflüchtige Pestizide wie Pendimethalin und Prosulfocarb können zu 90 Prozent verloren gehen, landen also bei Weitem nicht nur dort, wo sie ausgebracht wurden. Auch das häufig verwendete Totalherbizid Glyphosat ist in der Umwelt weit verbreitet. Dort, wo sie niedergehen, belasten sie die Ernten aller Bauern, auch

die von Biobauern, die unter besonders strengen Auflagen und Kontrollen wirtschaften. Dies hat zur Folge, dass sie ihre Bio-Erzeugnisse wie Gemüse oder Kräuter und Tees nicht mehr als Bio vermarkten können. Viele Jahre schauten Zulassungsbehörden beim Thema Ferntransport von Pestiziden weg - zum Vorteil der Hersteller, deren Mittel auf dem Markt bleiben konnten. Eine Chronik des Versagens des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung sowie den zuständigen Zulassungsbehörden beim Thema Ferntransport von Pestiziden ist hier zu finden. Deshalb fordern wir von den zukünftigen Regierungsparteien eine Wende in der Pestizid-Politik: Rahmenbedingungen, die zu einer deutlichen Reduzierung des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pestiziden führen, ein klares Bekenntnis zum Ökolandbau und ein Ende des Wegschauens beim Abdriftproblem.